

# Sozialpolitik, Staat, soziale Demokratie : eine Forschungsnotiz zur Krisenpolitik in den 30er Jahren

Autor(en): **Kleger, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **12 (1992)**

Heft 23

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651598>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Sozialpolitik, Staat, soziale Demokratie

## Eine Forschungsnotiz zur Krisenpolitik in den 30er Jahren

Sozialpolitik ist der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus

Eduard Heimann

Die Tatsache, dass die "nationale Identität" der Schweiz gegenwärtig wie in den 30er Jahren – wenn auch auf andere Weise – erneut in die Krise geraten ist und nicht mehr reaktiviert werden kann wie damals, als sie mit erheblichen politischen und sozialen Massnahmen gefestigt worden ist, verschärft die *soziale* Problematik. Und nicht nur das: Die neue Konstellation enthält darüber hinaus auch eine *politische* Sprengwirkung, die von denen unterschätzt wird, die meinen, die Problematik der Nation übergehen und faktisch gegen die einheimische Bevölkerung politisieren zu können.

Eine wichtige Erfahrung aus dem schweizerischen Krisenkalender besteht darin, dass die *demokratische* Frage auch eine *soziale* Frage und dass die *nationale* Frage auch und vor allem eine *wirtschaftliche* und *soziale* Frage ist. Ein kurzer historischer Rückblick soll im folgenden zeigen, in welcher *politikhistorischen* Tradition wir uns immer noch bewegen. Auf das Feld eines politikhistorischen Grundrisses muss man sich stellen können, wenn man nicht in jeder neuen Krisenlage sich in eine unergiebigere Atemlosigkeit begeben will, in der man der Politik der inneren und äusseren 'Sachzwänge' bekanntlich nichts entgegenzusetzen hat.

Freisinnigen "Staatssozialisten" wie Forrer(1) und Bissegger(2) war schon vor dem Ersten Weltkrieg klar, dass die Zukunft der Demokratie von ihrer Fähigkeit abhängt, angemessen auf die Herausforderung der Gegenwart zu reagieren. Die Herausforderung der Gegenwart war die soziale Frage, und der politisch-strategische Versuch, die Sozialdemokratie via Sozialpolitik zu integrieren, die Antwort des damaligen Linksfreisinns(3). Der Streit um das KUVG (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) stellte sich für die NZZ als Bewährungskampf dar, in dem "*unsere Demokratie und ihre soziale Kraft (...) auf die Probe*"(4) gestellt werden: "Was der monarchische Staat in kühnem Wagemut zustande gebracht – sollte die Erreichung dieses Zieles der Demokratie versagt bleiben? Sind bei uns, wie wir es oft genug von den Gegnern unserer Staatsform hören mussten, die kleinlichen, egoistischen, zentrifugalen Kräfte wirklich so dominierend, dass wir noch länger auf die staatliche Kranken- und Unfallversicherung sollten warten müssen? Fehlt unserer Demokratie, dem Volksstaat schlechthin, das innere Vermögen, um das Versicherungsproblem mit seinem eminenten Solidaritätsgedanken

überhaupt lösen zu können?“(5) Müsste diese Frage tatsächlich bejaht werden, so käme dies einer “Impotenzerklärung der Demokratie auf sozialem Gebiet“ gleich(6). Doch verbucht der reformerisch eingestellte Freisinn glücklicherweise noch einmal einen grossen Sieg. Die symbolische Verknüpfung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes mit der *schweizerischen* Demokratie steht dabei konsequent im Vordergrund. Bei der Fabrikgesetzrevision, die 1914 durch das Parlament gepeitscht wird, geht diese Verknüpfung verloren. Mit neuen Mechanismen der Konsensherstellung wird sie umgangen.

Nach dem Generalstreikschock von 1918 versucht der Linksfreisinn sodann mit der Initiative Rothenberger nochmals an die “staatssozialistischen“ Demokraten anzuknüpfen, doch wird dieses Projekt von den Freisinnigen nicht mehr mit vollem Herzen unterstützt, weil es steuerpolitische Zugeständnisse verlangt hätte, welche sie nicht zuzugestehen bereit waren. Stattdessen wird am Ende des Jahres 1925 ein Verfassungsartikel als kleinster gemeinsamer Nenner angenommen. Die Frage der Finanzleistung blieb aber bis nach dem Zweiten Weltkrieg der Haupthinderungsgrund für die Verabschiedung einer AHV. Fürsorge statt Sozialversicherung blieb bei vielen Bürgerlichen die Hauptschiene der Sozialpolitik(7). Diese Haltung wirkt bis nach dem Zweiten Weltkrieg weiter, was sich z.B. in der Diskussion um die Invalidenversicherung Ende der 50er Jahre zeigt.

### **Klassenantagonistischer Bipolarismus und neue Politik in der Presse der 30er Jahre**

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf die Schweiz hatten sich für die Berner Tagwacht (SP) die bürgerlichen Politiker endgültig als “Zerfallspolitiker“ erwiesen. Hatte man 1931 noch Erwartungen in sie setzen müssen, so sind diese 1935 diskreditiert. Vor diesem Szenario wird deshalb fleissig um Stimmen geworben, da mittelfristig eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung das notwendige Krisenmanagement wird mittragen müssen. Die freisinnige “Anpassung“ an die Wirtschaftskrise drücke sich in “steigenden Preisen, sinkenden Löhnen, neuen Steuern“, ja sogar in “Angriffen auf die Sparkassenbücher“ aus(8). Endgültig zeige sich, dass die Freisinnigen keinen Ausweg aus der Krise anzubieten hätten. Die SP beansprucht dagegen für sich, die “Volksaufklärung ... aus dem Streit um Sessel herausgehoben und zu einem Kampf um Programme“ gemacht zu haben(9).

Strittig ist der Weg aus der Krise. Nun erfolgt auch hier der Brückenschlag zum eigenen Land, das sich nach aussen immer stärker zu behaupten hat. “Das Vaterland“, wie ausdrücklich gesagt wird, hätte die Mitarbeit der Sozis nötiger denn je, stattdessen aber werde gegen sie gehetzt. Mehrmals wird im gleichen Artikel das “Heraushelfen, Mithelfen, Mitarbeiten“ betont. Dieses Pathos des “Mit uns“ impliziert Zusammenarbeit, die vorerst nur angeboten wird und die man nicht erzwingen kann. Auffällig ist zunächst dieses neue Angebot zur Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck will die SP sogar in den

Bundesrat. Die nordischen Länder "Dänemark, Schweden und Norwegen" würden beweisen, dass Sozialdemokraten "dem Land und dem Volk zum Segen reichen können"(10).

Die von den Sozialdemokraten unterstützte Kriseninitiative soll 1935 den *Schweizer Bürgern* die materielle Existenz sichern helfen und durch die Bekämpfung des allgemeinen Lohn- und Preisabbaus die Konsumkraft des Volkes erhalten(11). Am 2. Juni wird die Initiative verworfen, die Tagwacht wertet indessen das Nein zur Initiative nur als *eine Etappe*(12). Was begonnen wurde soll im Nationalratswahlkampf fortgesetzt werden. Mit der positiven Mitarbeit an der Berner Finanzreform will die SP beweisen, dass ein anderer Weg als der Abbaukurs des Bundesrates möglich und praktikierbar ist: als "*Stärkung des Staates nicht auf Kosten der Armen*"(TW, 17.4.35). Als Mitte des Jahres 1935 die Diskussion um das Finanzprogramm wieder einsetzt, fordert die SP einmal mehr Massnahmen gegen weitere Lohnsenkungen, gegen die Konsum- und Verkehrssteuern sowie die Sicherung der Arbeitslosenfürsorge.

1932 war erstmals "Krise in der Schweiz" das Hauptereignis in der Tagwacht (TW). Analytisch wird dabei der innere Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krise herausgestellt: Die Krise wird als *Systemkrise* des Kapitalismus gedeutet. Zweitens wird der Bundesrat einer beständigen scharfen Kritik wegen fehlender *wirtschaftspolitischer Massnahmen* unterzogen. Die SP will einen starken Staat auf bundespolitischer Ebene, einen wirklichen sozialen Leistungs- und Interventionsstaat. Vor allem wird kritisiert, dass die *Kosten der Krise* der Arbeiterschaft über Lohnabbau aufgebürdet würden. Vor diesem dritten Argumentationshintergrund schlägt die TW schliesslich die Einführung einer Krisensteuer vor sowie den Abbau der Militärausgaben, die Regelung von Produktion und Handel, ein Ein- und Ausführmonopol, die Reduktion der Arbeitszeit und die Verstaatlichung von Grund und Boden. Das Thema des *Lohnabbaus* folgt unmittelbar an zweiter Stelle der Medienereignishierarchie von 1932, die *Arbeitslosigkeit* wird als "das Problem der Probleme" bezeichnet.

1934 steht wiederum die "Krisenbekämpfung" an erster Stelle. Zielscheibe der Kritik ist vornehmlich Bundesrat Musy, der wegen seiner Deflationspolitik angegriffen wird. Gefordert wird eine *grundsätzliche* Umstellung der Wirtschaft, das heisst konkret: Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung, Existenzminimum. Zur Erfüllung dieser Sockel-Ziele soll geplant werden. Der Plan dient hier der Anbindung der Wirtschaft an ein funktionierendes Gemeinwesen. Die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften getragene Kriseninitiative, die mit dem Mittel des Volksentscheids den bürgerlichen Bundesrat zu einer "sozialistischen" Wirtschaftspolitik oder zumindest zum Rücktritt gezwungen hätte, zwingt nun nach der Ablehnung 1935 seinerseits die Sozialisten zu Umorientierungen.

1936 steht weiterhin der "Kampf gegen die Abbaupolitik" an erster Stelle der Medienereignisse in der Tagwacht. Die bürgerliche Krisenpolitik wird kontinuierlich als "Abbaupolitik" gebrandmarkt und der sozialdemokratischen "Aufbaupolitik" gegenübergestellt. Inmitten der unübersehbaren

Krise wird von vielen Parlamentariern nach einem Führerprinzip gesucht, weswegen sie sich der Anpassungs- und Dringlichkeitspolitik des Bundesrates vorbehaltlos anpassten. In langen Artikelserien versucht dagegen Max Weber *im Namen des Gewerkschaftsbundes*, die ökonomischen Zusammenhänge der aktuellen Krise aufzuzeigen und die versagenden bürgerlichen Krisenkonzepte mit der sozialdemokratischen Kaufkrafttheorie zu kontrastieren(13). Weber prognostiziert eine Krisenverschärfung, die nur durch eine Abwertung des Schweizerfrankens abgewendet werden könne, sofern der Bundesrat sich weiterhin an die Deflationspolitik halte.

Am 26. September 1936 wird schliesslich der Schweizerfranken abgewertet. Der politisch entlastete Bundesrat demonstriert Handlungsfähigkeit. Die wirtschaftspolitischen Probleme werden von nun an unter neuen Vorzeichen gesehen. Die Tagwacht fordert sofort und erst recht eine seriöse Arbeitsbeschaffung, die Verhinderung der Teuerung sowie die Sicherung der Reallöhne (14). Die SP ist 1936 aus internen wie externen Gründen *vollends* zur politischen Kooperation bereit, denn "in Europa weht die Kriegslust. Der deutsche Einmarsch in der Rheinzone ist für die Staaten ein Mahnzeichen..."(15). Dieses Mitmachen hängt allerdings von *zweierlei Vertrauen* ab, das noch aufgebaut oder zumindest gefestigt werden muss. Zum einen vom Vertrauen, das die SP Bundesbehörden und Armee *schenken* kann, zum andern vom Vertrauen, das man der SP *entgegenbringt*. Dazu wird ein einschneidender Wandel in der "besseren Gesellschaft" (bei den bürgerlichen Parteien und in Offizierskreisen) gefordert(16). In diesem Zusammenhang wird der Bezug zu einer *Staatsfähigkeit* zentral, die aktiv und interventionistisch ist, aber nicht im Sinne der marxistischen Sozialisierungsdiskussionen der 20er Jahre, sondern systempartizipatorisch, wie es Fritz Marbach bereits in seiner 1933 erschienenen Schrift "Gewerkschaft-Mittelstand-Fronten" festhielt, indem er Karl Renner zustimmend zitiert: "Die Wirtschaft in Funktion halten, das ist der kategoriale Imperativ der Sozialisierung" (S. 60).

Staatsfähigkeit wird konstruktiv gewendet: Der Staat ist nicht nur für die militärische Landesverteidigung gut, sondern auch für die geistige, und das heisst: Er hat sich sowohl um die politische Integration – das Volk der Demokratie – zu bemühen als auch um die ökonomische oder strukturelle Integration, zum Beispiel in Form der Arbeitsbeschaffung. Letzteres bedeutet auch: *Unser aller Staat (Republik-Dimension)* ist dafür verantwortlich, dass es einem starken Leistungsstaat gelingt, auf der Basis eines minimalen Sokkels das bürgerliche Gemeinwesen zu integrieren. Schon die gescheiterte Kriseninitiative verfolgte dieses höhere Ziel einer "geistigen", das heisst politischen und ökonomischen Integration. Diese Integration ist für die Sozialdemokratie ausdrücklich die beste Landesverteidigung im weitesten Sinne. Für dieses Gemeinwohl wird sogar der Begriff Volksgemeinschaft nützlich: Sie steht über dem Eigennutz der Kapitalisten (17). Die Sozialdemokratie wird *nicht nur integriert, sie integriert auch*. Insbesondere ihre eigenwilligen Häretiker formulieren eine Bündnispolitik, die den Begriff der Volksgemeinschaft *dazu* benutzt, um neue Mehrheiten für eine neue Wirtschaftspo-

litik zu gewinnen(18). Solche Häretiker gibt es auch im bäuerlichen(19) und bürgerlichen Lager(20). Sie alle formulieren ein Paradigma von Politik, das den klassenantagonistischen Bipolarismus, der die 20er Jahre bis zum Wahlkampfhöhepunkt von 1931 einschliesslich der polarisierenden Auseinandersetzung um die Kriseninitiative von 1935 geprägt hat, zu überwinden sucht:

Die "Richtlinienbewegung"(21) geht 1936 über die eben beschriebene passive und aktive Integration der Sozialdemokratie hinaus. Sie lanciert eine *gesellschaftspolitische Alternative* im Sinne eines neuen Gesellschaftsmodells. Der Abwertungsentscheid beflügelt diesen Versuch, eine neue Politik einzuleiten – eine Politik, die sich zentral auf die *Krisenprobleme der Wirtschaft der Gesellschaft* bezieht. Allein schon diese Optik geht über spezielle Politiken hinaus und erweitert auch das Politikverständnis. Das Postulat der Arbeitsbeschaffung wird zum Beispiel zusätzlich akzentuiert. Insgesamt geht es um eine "*planmässige Hebung der Kaufkraft der Massen*"(22). Geschickterweise geht jedoch auch die Richtlinienbewegung über Parteiinteressen hinaus und berührt ebenfalls das "Landesinteresse", allerdings im Sinne des sozialdemokratischen Verständnisses von geistiger Landesverteidigung(23). Aufgrund dieses Bezuges zum Landesinteresse wird der Dialog mit allen gesucht, den die Tagwacht entsprechend zu vermitteln sucht. Sie spielt für einmal die Rolle der NZZ.

Ende 1936 wird die Freisinnige Partei um eine Stellungnahme zu den Richtlinien ersucht. In den Augen der Tagwacht tut sich dabei eine Kluft auf zwischen Verständigungs- und Abbaupolitikern. Die Tagwacht nimmt nun das freisinnig-liberale Zauberwort der Verständigung offensiv auf und versucht es auf die wirtschaftliche Landesverteidigung anzuwenden. In allen Schlüsselbereichen wird nun eine neue, positiv profilierte Semantik mobilisiert. Sie besetzt *Vertrauen*, *Verständigung* und *Aufbau*. Diese drei Knotenbegriffe decken je eine der wichtigsten Fragen der Zeit von 1936-39 ab: Vertrauen die Militärfrage, Verständigung die Machtfrage und Aufbau die Wirtschaftskrise.

Mit dem negativen Entscheid des FDP-Zentralvorstandes und der politischen Niederlage des "achten Bundesrates", des Botschafters und Wirtschaftsexperten Stucki wird indes eine lagerübergreifende und mehrheitsfähige Aufbaupolitik zunichte gemacht. Die Tagwacht deutet dieses Verhalten des Freisinns als Furcht vor einem "Konkurrenz-Unternehmen", in welchem er auf seine selbstverständlich gewordene ideologische Dominanz verzichten müsste. Diejenige Strömung innerhalb des Freisinns, welche die SP in die Regierung der Gesellschaft integrieren möchte und dem ökonomischen Aufbaukonzept der Richtlinien Sympathien abzugewinnen vermag sowie eine kollektiv getragene Landesverteidigung erarbeiten will, erhält ab Mitte des Jahres das Etikett "Stuckismus". Je länger desto klarer manifestiert sich jedoch das Scheitern *dieser* Verständigungspolitik(24).

Dagegen zieht der Freisinn eine *eigene Verständigungspolitik* auf, in die sich letztlich die Sozialdemokratie kooptieren lässt. Sie führt zu anderen Konsequenzen als die Richtlinienbewegung, deren Interventionismus und Politikmodell im Zusammengehen mit den preispolitischen Anliegen der

Bauern zu einem schwedischen Gesellschaftsmodell geführt hätte(25). Die *interparteiliche Zusammenarbeit* anstelle der Richtlinien scheidet indessen diese Mitte-Links-Option zugunsten einer freisinnigen Sammlung der Mitte aus. Es entsteht die *schweizerische Konkordanz* mit ihrer Allparteienarbeit und ihren spezifisch vordemokratischen Kompromissen. Sieger auf der ganzen Linie bleibt am Schluss nur einer: Ernst Laur, der Sekretär des schweizerischen Bauernverbandes, der ein *eigenes Machtzentrum* bilden konnte.

Der ökonomische und politische Integrationsversuch über den Staat im erweiterten Sinne geht – im Unterschied zur Sozialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg – in der oben angesprochenen Richtlinienbewegung von links aus. Dieser einmalige Versuch einer *Verständigung auf gesellschaftspolitischer Ebene* ist kurzfristig erfolglos, bleibt aber nicht folgenlos. Eine minimale ökonomische Integration über einen nach innen ebenso minimalen sozialdemokratischen Staat wird 1939 zumindest etwa in der Wehrmannsunterstützung erreicht. Entscheidend ist, dass damit *eine historische Differenzbestimmung* zur Situation vor und während des Ersten Weltkriegs vorgenommen werden kann. Das Vaterland, welches vor und während dem Ersten Weltkrieg die Arbeiterschaft in Willes “preussischer“ Armee verbraucht hatte(26), ist in diesem Sinne zur Arbeiterschaft zurückgekehrt. Freilich nur auf halbem Weg: die Identität, wie sie die vaterländisch-bürgerliche Mehrheit behauptet, ist bei allem *nationalen* Konsens nicht erreicht. Dazu sind die regionalen und sozialen Unterschiede zu gross. An der *sozialen* Schweiz muss intern weitergearbeitet werden: “Im September 1939 begann die stufenweise Rationierung der Verbrauchsgüter. Am 20. Dezember folgte die Lohn- und Verdienstersatzordnung für Wehrmänner, die, laufend ausgebaut, nicht nur der sozialen Sicherheit, sondern auch der Erhaltung der Kaufkraft und damit der Binnenwirtschaft diente. Der Bundesrat verordnete auch Kündigungsschutz für Dienstverhältnisse und Pachtverträge sowie Mietpreisstopp und Preiskontrolle. Es kam schliesslich 1943 zur Allgemeinverbindlicherklärung der Gesamtarbeitsverträge und 1944 zur Verlängerung des Friedensabkommens in der Metallindustrie. So entstand unter dem Zwang des Krieges eine soziale Schweiz, die gegen Kriegsende auf die Mentalität weiter Bevölkerungsteile abfärbte und damit die Sozialwerke der Nachkriegszeit fördern half.“(27)

Die nationale Schweiz baut so allmählich nach dem Modell der Konkordanz eine soziale Schweiz, in der sich auch der Arbeiter zu einem Bürger mit gewissem Wohlstand emporarbeiten kann. Im Umfeld des europäischen Bürgerkrieges ‘Faschismus contra Bolschewismus’ und angesichts der “historischen Tragik des Sozialismus“(28), der ausgerechnet in der Zeit der grössten Systemkrise des Kapitalismus diesen für die eigenen Anhänger erträglich zu machen versuchte, endet die Suche nach der Mitte in der Schweiz bei der Konkordanz. Es kann den Sozialisten in Wirklichkeit nicht mehr um die *Umkehrung* der jetzigen politischen Verhältnisse gehen. Dann geht es um neue Anläufe *in* der Politik – Politik *in* der realexistierenden Demokratie.

## Konzeptuelle Überlegungen: Marbach, Heimann, Weber

Fritz Marbachs 1933 erschienene Buch "Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten"(29) ist das herausragende Dokument dieses neuen Denkens, das nicht mehr im Konzeptrahmen des klassenantagonistischen Bipolarismus und der Sozialisierungsdiskussionen der 20er Jahre argumentiert. Marbach geht von der Erkenntnis aus, dass die "industrieproletarische Schicksalsgemeinschaft" zwar weit und gross ist, aber nicht breit genug ist, um die Organisation der Gesellschaft aus eigener Kraft entscheidend ändern zu können. Mit seiner ganzen elaborierten "Theorie des Mittelstandes"(30) will er im Grunde nichts weniger, als die "Linie der grundsätzlichen Interessenscheidung gegen das rein erwerbstreberische private Grosskapital"(31) an den *theoretisch angemessenen* Ort verschieben. Die Kritik lautet auf "unsozial" und sie wird moralisch – "sittlich" sagte man damals – begründet mit Leidenserfahrungen sowohl des Industrieproletariats wie "*aller Arbeitsbürger*" und der "Bauern einschliesslich Rentenbezüger aus Pension oder erarbeiteter Ersparnis". Marbach spricht von der "Volksgemeinschaft aller Arbeitenden", von links bis rechts sprach man damals wie selbstverständlich von Volksgemeinschaft und versuchte sie historisch-semantic zu 'besetzen', um auf dem beschleunigten Weg einer 'national zusammengezogenen' Gesellschaft eine soziale und moderne Welt aufzubauen.

"Erneuerung" lautete das Hauptstichwort der 30er Jahre. Marbach und andere hatten sich gegen die damals aufkommende und für viele attraktive frontistische Interpretation der "nationalen Erneuerung" zu wenden, da die Schweiz zwischen 1933 und 1935 einen wahren Frontenfrühling erlebte(32). Eine wirksame öffentliche Gegenargumentation konnte gerade in einer direkten Demokratie *nur 'kommunitaristisch'*, also mit Bezug auf die behauptete Volksgemeinschaft aufgebaut werden; demnach hatte die neue Schweiz als nationale Schweiz die politische Aufgabe vor sich, eine soziale Schweiz zu bauen. Marbach konstatiert indessen, "dass der asoziale Teil des Kapitals den Kampf um seine Privilegien führt und 'Gemeinschaft' sagt und dass der soziale Proletarier den Kampf um die 'Gemeinschaft' führt und 'Klasse' sagt"(S.100). Aufgrund einer doktrinär ausgelegten Klassenkampftheorie (als *politische Theorie!*) entstand somit die "diabolische Möglichkeit der Umkehrung" der Absichten und Ziele der sozialistischen Politik – eine Umkehrung, die der Faschismus in Europa geschickt für sich nutzte und insofern die Arbeiterbewegung 'beerbt', obwohl er sie vernichtete. Marbach schlägt deshalb vor, die herkömmliche Klassenkampfforderung zu ersetzen durch eine "jedermann ohne grosse Theorie verständliche und sittlich begründete Forderung nach einer Gemeinschaft allen arbeitenden Volkes (inklusive derjenigen, die aus verdienter Rente leben) zwecks Erhöhung des Volksanteils am Sozialprodukt und zwecks organischer Umwandlung des privaten in soziales Kapital"(S. 102).

Die Probleme der praktischen Durchführung sind für Marbach weniger ökonomischer als vielmehr *ideologischer* Natur. Sein theoretisches und zugleich politisches Bemühen zielt auf die "zahlreichen Einzelnen, die proleta-



risch arm sind, ohne begrifflich Proletarier zu sein, die grossen, nicht-proletarischen, aber auch nicht-kapitalistischen Mittelklassen, die, bis weit in die Mitte hinein, leiden. All diese Menschen in ihren Sorgen ebenfalls zu verstehen, ihnen zu sagen, dass sie mit der Arbeiterschaft eine Schicksalsgemeinschaft bilden, ihnen in brüderlichem Verständnis zu zeigen, dass die organisierte Arbeiterschaft mit dem eigenen auch ihr Wohlergehen erstrebt, dass sie – entgegen der ganz unrichtigen frontischen Andersbehauptung – besten Willens ist, dies alles zu sagen und zu wollen, scheint mir zeitbedingte Pflicht zu sein. Das ist möglich, *ohne dass deshalb auch nur die geringste Vernachlässigung der spezifisch-proletarischen Interessen erfolgen müsste!* Aber man wird diese Pflicht aus Gründen des Volksempfindens nur erfüllen können, wenn man dem Volke eine Methode der Klassenüberwindung vorschlägt, die so menschlich, klar und unkompliziert ist, dass sie von jedermann ohne Anfrage bei der Redaktion verstanden wird und von niemand mit Erfolgsaussicht ins Gegenteil verkehrt werden kann. Bei solcher Klarheit werden die gleichschalterischen, an Zwielight gewöhnten Varianten des Nationalsozialismus in Schweizerluft nicht vegetieren können. Geschweige denn wachsen, weil solches nur möglich ist dort, wo es gelingt, Inhalt und Absicht der Arbeiterpolitik in Gegensatz zum Begriff der *Gemeinschaft* zu stellen.“(S.107).

Marbach kennt Eduard Heimann, in dessen Schrift “Soziale Theorien des Kapitalismus, Theorie der Sozialpolitik“ aus dem Jahre 1929 die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit staatlicher Sozialpolitik innerhalb der Arbeiterbewegung ein seitdem kaum mehr erreichtes Niveau erreicht (33). “Soziale Theorie des Kapitalismus“ ist für Heimann der Titel einer Theorie der sozialen Bewegung, die sich im Kapitalismus vollzieht und ihn selber verwandelt. Problem für diese soziale Theorie ist einmal die Spannung zwischen der “ursprünglichen Freiheitsgrundlage des Kapitalismus“ und seinem wirklichen Aufbau; zweitens werden zum Problem die Beziehungen zwischen der sozialpolitischen Verwirklichung der sozialen Bewegung und dem Kapitalismus. Heimanns Theorie geht deshalb von einem bestimmten Begriff des ökonomisch-sozialen Liberalismus aus und verfolgt dessen Wandlungen im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung. Trotz vieler geschichtlich bedingter Fremdkörper lebt der Kapitalismus “in einer nur ihm eigenen Luft“: der *Luft des Liberalismus*. Heimann beschreibt ausführlich die Wirtschaftsphilosophie des Liberalismus, die zugleich eine Sozialtheorie ist. Die sozialpolitische Leistung des Liberalismus, die er in der “Übereignung des Arbeitsvermögens an die Arbeiter“ sieht, steht nun freilich in einer kapitalistischen Umwelt, die den ursprünglichen Idealvorstellungen nicht genügt. In der Wirklichkeit der historischen Entwicklung führte die Freiheit nicht zur “kleinbetrieblichen Demokratie“, sondern zur “Selbstaufhebung im Grossbetrieb“. Dem Liberalismus geht damit auch sein Freiheitsmotiv verloren: “Die Unfreiheit ist das *soziale* Merkmal des entfalteten Kapitalismus“.

Der Bedeutungswandel des Freiheitsbegriffs wird erläutert: “Die Freiheit des Kleinbetriebs ist negativ auf die Abwesenheit jeglicher über den Rechtsschutz hinausgehenden politischen Satzung gerichtet; die Freiheit im Gross-

betrieb muss der natürlichen Freiheit des Eigentums durch eine positive Satzung abgerungen werden“ (S.122). Damit wird die kollektive Freiheit zur Bedingung für die individuelle Freiheit aller. Der kapitalistische Widerspruch zwischen der Wirtschafts- und der Sozialsphäre nimmt Gestalt an in der Aufgipfelung zum “Monopolismus hüben und zur sozialen Bewegung drüben“. Zielsetzung der sozialen Bewegung ist es, dass der Arbeiter zu einem *ebenbürtigen Glied der Gemeinschaft in der bürgerlichen Ordnung* wird. Was heisst das? Das heisst, dass der dritte Stand nicht nur im Bürgertum aufgeht, sondern vielmehr in einem bürgerlichen Radikalismus Bestand hat, der die Arbeiter und deren Bewegung ebenso mitumfasst, wie er von ihr angestossen wird. Dieses bürgergesellschaftliche Element verwandelt die reale bürgerliche Gesellschaft und ihr dominantes Wirtschaftssystem, es ist aber auch für das soziale und politische Versagen dieser Gesellschaft mitverantwortlich. Diese Verantwortung trifft uns retrospektiv wie prospektiv *als* Bürger und Bürgerinnen. Die soziale Dynamik im Kapitalismus war an die Arbeiterbewegung gebunden, welche die vom Liberalismus eingeräumten Waffen, insbesondere die Vorstellung “persönlicher“ Freiheit, benutzt und sie gegen die vom Liberalismus geschaffene Wirklichkeit kehrt, um über sie hinausgehen zu können: Dies ist nach Heimann ihre Paradoxie und Dynamik – Widersprüche, die bereits realhistorisch fruchtbar geworden sind und auf deren Boden wir stehen, ohne sie immer zugestehen zu wollen.

Sozialpolitik bezieht sich nun für Heimann vor allem auf den Willen zur Freiheit und die Würde der Arbeit in der grossbetrieblichen Arbeitsorganisation. Über Marx hinaus kritisiert er aber nicht nur den Herrschaftscharakter ökonomischer Prozesse, sondern ebenso die kapitalistische Güterideologie, aus deren Gefangenschaft sich auch die soziale Bewegung zu befreien hat. Historisch aktuell wird diese Kritik insbesondere dann, wenn ein bereits etablierter Spielraum der Versorgung erreicht worden ist, wozu wiederum die produktiven Leistungen des Kapitalismus mit beitragen. Nicht eine zentralistische Sozialisierungsvorstellung von oben, sondern “Sozialisierung von unten her“ (S. 296), die schrittweise Verwirklichung sozialer Ideen, die zugleich der sozialen Bewegung mehr Kraft gibt, führen zur Bürgergesellschaft, für die sozialstaatliches Handeln ein selbstverständliches Element wird, weil sie es in sich situieren kann. Freilich wird diese Situierung erst möglich einhergehend mit einer veränderten Auffassung von Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik hat für Heimann weder nur systemgefährdende noch nur systemerhaltende Funktionen. Ihr “konservativ-revolutionäres Doppelwesen“ (S.172) soll den bürgerlichen Radikalismus aus weltanschaulichen Frontenbildungen herausführen: “In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung“ (S.167). Das wachsende produktionspolitische Gewicht der organisierten Industriearbeiterschaft zwingt den politischen Gegner zu Zugeständnissen in der Sozialpolitik. Heimann demonstriert dies am Arbeitsschutz, den Lohnerhöhungen, der Arbeitslosenunterstützung, den Schiedssprüchen sowie an der Tätigkeit der Betriebsräte und Gewerkschaften, welche die anfängliche betriebliche Sozialpolitik zu einer

sozialen Betriebspolitik (Mitbestimmung, Arbeitsgestaltung) fortentwickeln.

Deutlich wird Heimanns *produktionsbezogener* Schwerpunkt, welcher eine skeptische Distanz zum Sozialversicherungswesen sowie eine Abgrenzung zu nichtproduktionsbezogenen Wohlfahrtsmassnahmen einschliesst. Hier wird seine Grenze sichtbar. Neben der Produktionsbezogenheit und der wieder aktueller werdenden Diskussion ausserwirtschaftlicher Ziele des Wirtschaftens tritt bei ihm allerdings noch die Frage hinzu, wer Sozialpolitiken in die Wege leitet. Hier finden wir Überlegungen zur Selbsthilfe, an die heute ebenfalls wieder angeknüpft werden kann. Badura unterscheidet in seiner Einleitung zu Heimanns Buch drei Verständnisse von Selbsthilfe. Ordnungspolitisch im grossen bedeutet Selbsthilfe solidarisches Handeln eines Kollektivs gegenüber einem gemeinsamen Gegner; diese Selbsthilfe ist unentgeltlich und läuft sowohl ausserhalb des Markt-Preis-Systems als auch ausserhalb des Systems sozialstaatlicher Regelungen ab. Im kleinen bedeutet Selbsthilfe sodann zweitens informelle Hilfe in kleinen Netzen der Gegenseitigkeit, und sie kann schliesslich drittens individuenbezogen gedacht werden. Die Sozialdemokratie im eigentlichen Wortsinne arbeitet vor allem mit dem ersten Konzept und glaubt, dafür den Staat effektiv einsetzen zu können. Die soziale Bewegung "fusst zwar ganz und gar auf der liberalen, freilich dynamisch aufgefassten Selbsthilfe; sie braucht aber die Staatshilfe grundsätzlich nicht von der Selbsthilfe auszuschliessen" (S. 185): Staatshilfe ist die Frucht der Selbsthilfe – und nicht umgekehrt.

Diese letztere Einsicht gilt auch für den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Max Weber, dem wohl bedeutendsten politischen Analytiker der realen Arbeiterbewegung in der Schweiz (34). Max Weber ist nicht 'Etatist', wohl aber ein Verfechter neokorporatistischer Arrangements und einer liberalen neokorporatistischen Gesellschafts- und Wirtschaftslenkung zu einem Zeitpunkt, als diese Begriffe noch nicht so eingeführt waren wie in der heutigen politologischen Diskussion. Demnach wäre es unrichtig anzunehmen, "die Arbeiterschaft erwarte alle Hilfe vom Staate. Die Theorie von der völligen Verstaatlichung der Wirtschaft oder gar des Menschen existiert eigentlich nur im Wörterbuch ihrer Gegner. Es gibt übrigens heute andere Kreise, sogar solche, die sich 'liberal', also freiheitlich nennen, die, wenn es nicht nach Wunsch geht, rascher nach dem Eingreifen des Staates rufen als die Industriearbeiter. Auch heute liegt dem Arbeiter seine eigene Organisation eigentlich näher als der Staat, und ich hoffe, dass es immer so bleiben möge. Die Gewerkschaft, die Genossenschaft, die politische Organisation haben ihm die Gleichberechtigung in der Gesellschaft verschafft; sie haben sein Selbstbewusstsein gehoben. Und er ist sich auch klar, dass in diesen Verbänden sein Einfluss sich unmittelbar Geltung verschafft und dass sie seine Sorgen besser verstehen als der Staat. Es ist übrigens ganz allgemein so. Zum richtigen Spielen und Gedeihen der Demokratie gehören die sozialen Verbände. Demokratie und Freiheit sind gefährdet, wenn dem Staat nur eine unorganisierte Masse gegenübersteht, die dann leicht zum Spielball von Demagogen wird" (35).

In einer Auseinandersetzung mit der Syndikalismuskritik von Götz Briefs (36) präziserte Weber seine Vorstellung eines funktionstüchtigen liberalen Korporatismus: “Briefs selbst setzt in seinem Buch auseinander, dass die Demokratie sich mit der Gegenüberstellung von Individuum und Staat nicht begnügen kann, sondern zu ihrem richtigen Funktionieren Zwischenglieder benötigt. ‘Substrukturen’ nennt er sie; diese schaffen eine hierarchische Ordnung der Gesellschaft und verhindern eine ‘Massendemokratie’, welche letzten Endes die Demokratie untergräbt. Als solche Zwischenglieder dienen vor allem die wirtschaftlichen Verbände, deren Bedeutung in dieser Hinsicht von der Wissenschaft noch zu wenig erkannt wird. Gewiss verfolgen sie wirtschaftliche Interessen, sogar einseitige Interessen, doch daraus ergibt sich das *Parallelogramm der Kräfte*, dessen Spielen unerlässlich ist für die Demokratie“ (37).

Welche bleibenden Spuren hat nun die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften, die von Max Weber wesentlich geprägt worden war, hinterlassen? “Am 2. Juni sind zwanzig Jahre verflossen seit dem Entscheidungskampf um die eidgenössische Kriseninitiative. Er endete im Moment mit einer Niederlage, doch die Idee des Krisenprogramms hat gesiegt. Man vergleiche es mit den modernen wissenschaftlichen Konjunkturtheorien der Schule des englischen Ökonomen Keynes oder des Amerikaners Alvin Hansen oder mit der Politik des New Deal unter Präsident Roosevelt vor dem Zweiten Weltkrieg, und man wird die *Berechtigung jener Grundgedanken* anerkennen müssen. Tatsache ist, dass der Franken trotz oder wegen der Verwerfung der Kriseninitiative abgewertet wurde, dass der Bundesrat drei Jahre später – doch sechs Jahre zu spät – ein umfassendes Programm der Arbeitsbeschaffung vorlegte und dass die Konzeption unserer damaligen Konjunkturpolitik nicht nur in die bürgerliche Presse, sondern auch in mehrere Botschaften des Bundesrates Eingang gefunden hat“ (38).

### **Soziale Demokratie als Moment politischer Demokratie**

Das Problempanorama hat sich seit den Tagen Marbachs, Heimanns und Webers verschoben. Wie wir gesehen haben, konnte zum Beispiel Heimann noch von *einer* sozialen Bewegung als Träger *der* sozialen Idee ausgehen; er unterstellte damit eine Evolution des demokratischen Sozialismus. Die Problemverschiebungen bedeuten indessen *nicht*, dass das grundsätzliche Verständnis von sozialer Demokratie als Moment politischer Demokratie, welches aus der klassenantagonistischen Spaltung der Gesellschaft in den 20er und 30er Jahren hervorging, überholt ist. Damals wie heute sind es hauptsächlich produktionspolitische Imperative, die den kaum abstimmungsfähigen historischen und sozialen Wandel vorantreiben. An dieser Front ist daher vieles zu verteidigen und noch manches zu verschieben, obschon mit der Entwicklung sozialpolitischer Einrichtungen ebenso ausserhalb der industriellen Sachgüterproduktion eine zusätzliche Maschinerie der Verteilung der Lebenschancen entstanden ist. Mit der Verwirklichung der sozialen Demokratie im klassischen Sinne wird deshalb auch deren Anwendung auf die

sozialpolitischen Einrichtungen *selbst* zu einem weiteren Schritt der sozialen Demokratie als Moment der politischen.

Die Frage ist, welche staats- und sozialpolitischen Schlussfolgerungen sich heute aus diesen Ansätzen ziehen lassen, wenn sie nicht hinter das erreichte Ausmass von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zurückfallen wollen. Die Kontinuitäten der politik-historischen Tradition werden unterschätzt. Der Sozialstaat(39) hat *erstens* ausgehend von der Kritik der 30er Jahre *politisch-programmatisch* eine Entwicklung innerhalb eines Bogens genommen, in dem wir uns noch immer befinden: Demnach sollten wir in einem *sozialmarktwirtschaftlichen* Gesellschaftsmodell leben. *Zweitens* geht es *strukturell* gesehen noch immer um die Problematik, gesellschaftliche Teilsysteme (z.B. Wirtschaft und Politik) aufeinander abzustimmen. Und schliesslich bleibt *drittens systematisch* interessant, wie Wachstumsprobleme so bewältigt werden, dass Wirtschaft und Sozialpolitik aufs Ganze gerichtet bleiben und zumindest Opfersymmetrien herzustellen vermögen.

Doch was heisst heute noch aufs Ganze gerichtet? Diese Vorstellung scheint uns abhanden gekommen zu sein. In den 30er Jahren hiess dieses Ganze von den Kommunisten über die Liberalen, die Sozialdemokraten, die Konservativen bis hin zu den Fronten "Volksgemeinschaft". Der historisch-politisch-semantische Kampf um die Besetzung dieses Begriffs führte zu einer *neuen Politik*, die den klassenantagonistischen Bipolarismus überwand und schliesslich wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitisch produktiv wurde. Nach dem Krieg verschwand diese Politik sozusagen im grossen Bauch des Wachstums(40), und der Begriff der Politik wurde überlagert, ja grundlegend verändert in Richtung eines unverbindlichen Pluralismus der Interessengruppen. Dieser umfriedete Wachstumskonsens war historisch beispiellos und wurde natürlich von der Politik der 30er Jahre nicht vorausgesehen, aber ermöglicht: Er bestand darin, dass das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums auf die private Wohlfahrt der 'Mehrheitsklasse' verteilt wurde, woraus wiederum Impulse für angebotsseitige Expansionen entsprangen. Die Solidargemeinschaft – das Wort Volksgemeinschaft war inzwischen durch die Nazis diskreditiert worden – als Bezugsgrösse für Sozialpolitik war nicht sonderlich gefordert, jedenfalls nicht auf die Weise 'bürgergesellschaftlich' herausgefordert wie in den 30er Jahren.

Im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends wird es jedoch offenkundig, dass der Wachstumskonsens der massenbürgerlichen Demokratie an verschiedenen Bruchlinien aufläuft. Dadurch schlägt die Nachkriegsdynamik teilweise in einen Trend der Illiberalität um, da sich wieder die Ungleichheit ausbreitet. Die *Bürgergesellschaft und ihre politische Gesellschaft als "Inter Nation"*(41), welche Wirtschaft und Staat in sich situiert, ist daher erneut herausgefordert. Alle diese Grundbegriffe sind als realhistorische Grössen in Rechnung zu stellen und praktisch in eine spezifische Konstellation zu bringen. Bauen (nicht hoffen!) können wir nur auf die Rückkehr *dieser* Bürgergesellschaft, zu der wir *als Massenbürger* selber gehören, und die Politik wieder als eine fortgeschrittene Praxis im Sinne von 'Gemeinwohrlichtigkeit' zu

verstehen sucht. Diese Sisyphos-Bürger und -Bürgerinnen, sofern sie sich als solche erkennen können, haben ihren Stein nicht verloren.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. W. Labhart: Bundesrat Ludwig Forrer. 1845-1921. Winterthur 1972.
- 2) Siehe Walter Bisseegers bedeutsame Rede: "Die freisinnig-demokratische Partei und die Sozialdemokratie", in: NZZ 15.3.1910, Nr. 73. Bissegger war freisinniger Parteipräsident (1907-1910) und Chefredaktor der NZZ (1885-1915).
- 3) Dazu ausführlich: F. Horvath/M. Kunz: Sozialpolitik und Krisenbewältigung im Vorfeld des Ersten Weltkrieges, in: K. Imhof/H. Kleger/G. Romano: Zwischen Konflikt und Konkordanz (im Erscheinen 1992).
- 4) NZZ, 12.7.1911, Nr. 191.
- 5) A.a.O.
- 6) A.a.O.
- 7) Dazu ausführlich: Jürg H. Sommer: Das Ringen um die soziale Sicherheit in der Schweiz, Diessenhofen 1978.
- 8) Tagwacht (TW), 26.10.1935.
- 9) "Wir – der Bundesrat – zwei Programme", in: TW, 25.10.1935 (Frontseite).
- 10) A.a.O.
- 11) Vgl. dazu O. Scheiben: Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der SPS 1928-1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte, Zürich 1987. Insbesondere: Pressionen des Gewerkschaftsbundes. Der Weg zur Kriseninitiative. S.173f.
- 12) Zum Folgenden bis zum Schluss dieses Kapitels ausführlich: H. Kleger: Demokratiekonflikte und Staatssemantik, in: K. Imhof/H. Kleger/G. Romano: Zwischen Konflikt und Konkordanz (im Erscheinen 1992). Die Daten sind im Zusammenhang mit dem NF-Projekt 'Krise und sozialer Wandel' erhoben worden. Vgl. zum Ganzen den angegebenen Band.
- 13) Vgl. vor allem TW in der Woche vom 21.2. bis 27.2.1936.
- 14) Am 19.9. und am 2.10.1936.
- 15) TW, 25.3.1936.
- 16) TW, 25.3.1936.
- 17) Vgl. TW, 10.9.1934.
- 18) Das offizielle Organ der Richtlinienbewegung zwischen 1933 und 1940 wurde bezeichnenderweise "*Die Nation*", deren erster Chefredakteur der Bündner Demokrat Andreas Gadiant war. Ebenso bezeichnend ist, dass "*Die Nation*" im Zeitungskopf den Untertitel "Unabhängige Zeitung für *Demokratie* und *Volksgemeinschaft*" trug. Zu Gadiant siehe: Lebendige Demokratie, Andreas Gadiant zum 50. Geburtstag, Chur 1942.
- 19) Etwa den Jungbauernführer Dr. Hans Müller von Grosshöchstetten.
- 20) Z.B. Walter Stucki, Botschafter und Wirtschaftsexperte.
- 21) Ausführliche Analysen dazu finden sich bei: P. Morandi: Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie (1933/36-1939), Liz.-Arbeit Zürich 1991.
- 22) TW, 16.10.1936, Hervorheb. H.K.
- 23) TW, 21.10.1936.
- 24) TW, 23.10.1937.
- 25) In Schweden entwickelte sich nach dem Kriseneinbruch eine gänzlich neue Front. Die Agrar-Partei entschied sich dort für ein Zusammengehen mit der SAP und den Gewerkschaften. Sie entschied sich damit gewissermassen gegen ihre eigene Vergangenheit mit der Konservativen Partei und deren Bipolarität. Dieser Durchbruch einer Mitte-Links-Option im Jahre 1932 fand zunächst auf dem wirtschaftspolitischen Terrain statt, was sich sodann auf den gesamten binnenpolitischen Bereich auswirkte. Grundlegend gemeinsam war dieser Koalition die Vorstellung eines Wachstums, das gleichzeitig Löhne und Preise steigern konnte. Das Abkommen von Saltsjöbaden im Jahre 1938 integrierte schliesslich auch die einflussreichen Unternehmerverbände in die schwedische Volksgemeinschaft.
- 26) "Verpreussung der Armee" lautet explizit der Medienereignistitel, der in der TW 1913 zu finden ist. Neben Militarismus, Wettrüsten und Kriegshetzereien kritisiert die TW ähnliche

- Entwicklungen in der Schweiz, vor allem jene in der "reaktionär" patriotischen Presse, der Militärjustiz und in der Armee selbst.
- 27) H.U. Jost: Bedrohung und Enge, in: Geschichte der Schweiz – und der Schweizer. Basel/ Ffm. 1983. Bd.III, S.169.
  - 28) Vgl. zeitgenössisch V. Gitterman: Die historische Tragik der sozialistischen Idee, Zürich 1939.
  - 29) Fritz Marbach: Gewerkschaft – Mittelstand – Fronten. Zur politischen und geistigen Lage der Schweiz. Bern 1933. Marbach, der damals an der Universität Bern Ökonomie lehrte, verfasste diese Schrift im Auftrag des SMUV.
  - 30) Vgl. F. Marbach: Theorie des Mittelstandes. Bern 1942.
  - 31) F. Marbach: Gewerkschaft – Mittelstand – Fronten. S.99. Die folgenden Seitenzahlangaben und Zitatstellen beziehen sich auf diese Schrift.
  - 32) B. Glaus: Die Nationale Front. Eine Schweizer Faschistische Bewegung. 1930-40. Zürich/ Einsiedeln/Köln. 1969.
  - 33) Diese Schrift wurde 1980 im Suhrkamp Verlag neu aufgelegt. Mit einem Vorwort v. B. Badura. Die folgenden Seitenzahlangaben und Zitatstellen beziehen sich auf diese Ausgabe v. 1980. E. Heimann wurde 1919 Generalsekretär der ersten Sozialisierungs-Kommission; 1925 übernahm er eine Professur in Hamburg; emigrierte 1933 in die USA, wo er an der New School of Social Research in New York bis 1959 lehrte.
  - 34) Siehe u.a.: Im Kampf um soziale Gerechtigkeit. Bern 1967. Vgl. auch M. Hohl: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897 - 1974) und sein Einfluss auf den SGB. Diessenhofen 1983.
  - 35) M. Weber: Arbeiterschaft und Staat, in: Gewerkschaftliche Rundschau (GR) 1952, S.175 f., Hervorhebungen H.K.
  - 36) Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Bern 1952.
  - 37) M. Weber, GR 1953, S.273, Hervorheb. H.K.
  - 38) M. Weber, GR 1955, S.199.
  - 39) Ausführlich dazu H. Kleger: Politik mit dem Sozialstaat als lernfähige Demokratie, in: Zum Staatsverständnis der Gegenwart, München 1987; ders.: Lernfähige Demokratie und reflexiver Staat, in: Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat? Hg. R. Voigt, Ffm. 1992.
  - 40) "Leider hat der Geist der Solidarität und der sozialen Verpflichtung auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht lange standgehalten. Es gelang noch, eine gewisse Konsolidierung der Sozialpolitik zu erreichen (Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, Gesetz über die Arbeitsvermittlung, über die Erwerbersatzordnung). Doch die Gegner des sozialen Fortschritts erhoben wieder ihr Haupt. Durch anonyme Pressebüros, die aus dunklen Finanzquellen gespiesen werden, wurden die Gewerkschaften und ihre Vertreter bekämpft und verleumdet, wobei die Verbände des öffentlichen Personals ihre besondere Zielscheibe sind. Die soziale Entwicklung kam ins Stocken. Die Lösung der grossen Finanzprobleme des Bundes scheiterte, obschon die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Hand boten zum Kompromiss. Begünstigt wurde diese Stockung – das dürfen wir nicht übersehen – *durch eine grosse Gleichgültigkeit in breiten Kreisen der Arbeitnehmer*. Ist es die günstige Beschäftigungslage, sind es die errungenen Positionen, sind es die mannigfaltigen Freizeitbetätigungen, wie Sport, Reisen usw., die ablenken von den gewerkschaftlichen Aufgaben und zu einer gewissen Apathie verleiten? Eine Presse, die noch nicht erfasst hat, was die Arbeiterbewegung will, hat höhnisch erklärt, die Arbeiter hätten ja ihre Ziel erreicht: Beschäftigung, Freizeit, Löhne, Sozialpolitik, alles sei heute in Ordnung, die Gewerkschaften hätten eigentlich nichts mehr zu bestellen." Max Weber: Die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften, in: GR, 1955, S.201, Hervorheb. H.K.
  - 41) Zu diesem Begriff vgl. H. Kleger: Verfassungspatriotismus und Demokratie, in: Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen. Hg.: P. Brautling/W. Reese-Schäfer, Ffm. 1991.